

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

15.4.1924 (No. 90)



Expedition: Karlsruher-Str. 14  
Herausgeber: Nr. 953 und 954  
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. K. u. u. b., Karlsruhe

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und umwiegend frei ins Haus geliefert monatlich 2,00 Goldmark. — Einschmutter 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebiet 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenstück. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige weiser Verbreitung und Konsumverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in fehlerhaftem Umfang oder nicht erscheint. — Für telegraphische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

### Amtlicher Teil

#### Die Aufnahme in die Aufbaurealschulen

Von Ostern 1924 ab werden in Baden nach Aufhebung der Gengenbacher Anstalt nur noch zwei Aufbaurealschulen bestehen, eine in Lahr und eine in Lauenburg bei Heilbronn. Bei den Direktionen dieser Anstalten können sich zur Ablegung der Aufnahmeprüfung Volksschüler, die das sechste Schuljahr mit gutem Erfolg zurückgelegt haben, jetzt schon unter Vorlage des letzten Schulzeugnisses melden. Der Zeitpunkt der Prüfung wird auswärtigen Angemeldeten von der Anstaltsdirektion besonders mitgeteilt werden.

Die Aufbaurealschulen umfassen die vier Jahrestufen IV, Unter III, Ober III Unter II und sind so eingerichtet, daß die Schüler nach erfolgreichem Besuch der Unter II die gleiche Abschlußprüfung ablegen können, wie sie an den sechs-klassigen Realschulen des Landes abgenommen wird.

Mit der Aufbaurealschule in Lahr ist ein Internat verknüpft, das für eine größere Anzahl auswärtiger Schüler Unterkunft und Verpflegung bietet.

#### Der wachsende Silberstreifen

Wenn es je einen Augenblick in der Entwicklung der letzten sechs Jahre gegeben hat, der eine gewisse Gunst der Lage für Deutschland aufwies, so ist es der jetzige. Und wir haben deshalb Grund genug, um von einem Größeren jenes kleinen Silberstreifens am Horizont zu sprechen, auf den schon vor vierzehn Tagen der Reichsaussenminister Dr. Stresemann aufmerksam gemacht hat. Inwiefern sich die Hoffnungen, die wir an diese Gunst der Situation knüpfen, erfüllen werden, das ist allerdings eine andere Frage. Immerhin haben wir einen Teil des gigantischen Berges, dessen Übersteigung uns das Geschick auferlegt hat, erklimmen. Schon die nächste Zukunft wird uns zeigen, ob die Möglichkeit besteht, auf diesem Wege voran und aufwärts zu kommen.

Die Tatsachen, die einen Wandel zum Besseren erkennen lassen, sind folgende: der Sachverständigenbericht ist bis jetzt von allen beteiligten Seiten in seinen Grundzügen als eine brauchbare Grundlage anerkannt worden. Bei England, Italien, Amerika und Belgien erstreckt sich die Zustimmung sogar auf den Bericht als Ganzes samt seinen Einzelheiten. Frankreich und Deutschland als die nächstbeteiligten haben dem Bericht prinzipiell zugestimmt. Bemerkenswert ist die Eile, mit welcher die Reparationskommission die Konsequenz aus dieser Sachlage zog. Auch sie hat den Bericht als geeignete Basis für die Lösung des Reparationsproblems empfohlen und Deutschland zur Abgabe einer Erklärung und zu weiteren Besprechungen nach Paris eingeladen.

Was die öffentliche Meinung der interessierten Länder betrifft, so ist auch hier im allgemeinen die Tatsache der Zustimmung zu beobachten. Für Deutschland ist es dabei wichtig, daß auch die Deutschnationalen die Brauchbarkeit des Berichts zugeben, und daß sich einer der bedeutendsten Führer der Industrie, Herr Sorge, dieser Lage in aller Form öffentlich für den Bericht eingesetzt hat. In England wird die Zustimmung verknüpft mit der Versicherung, daß auch England es nicht dulden werde, wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen später entziehen sollte. Diese Versicherungen entsprechen ganz dem Zuge der englischen Politik: man will Frankreich dazu bringen, daß etwaige Sanktionen oder ähnliche Aktionen nur noch auf der Grundlage gemeinsamer Beschlüsse der Alliierten ausgeführt werden. Dazu ist es natürlich nötig, daß Frankreich von dem guten Willen Englands überzeugt wird.

Wir kommen damit zu der Haltung Frankreichs. Die Pariser Regierung war in einer verzwickten Lage. Auf der einen Seite möchten die nationalistischen Kreise, die auch heute noch sehr starken Einfluß in Frankreich besitzen, ihre alte Politik der Annektionen, ihre alte Politik der kontinentalen Hegemonie fortsetzen. Auf der anderen Seite bringt der Vorschlag der Sachverständigen mit den Zahlungen, die er stipuliert, Frankreich derartige Vorteile, daß eine Ablehnung des Berichts sicherlich von der Mehrheit des Volkes als eine bewußte Selbstschädigung empfunden werden würde.

Die Pariser Regierung hat keinen schlechten Ausweg aus dieser Situation gefunden. Sie trägt der allgemeinen Stimmung Rechnung, indem sie den Bericht als solchen gleichfalls akzeptiert, aber sie macht „Vorbehalte“, d. h. sie versucht sich heute schon die Möglichkeiten zu schaffen, um später vermittlels dieser „Vorbehalte“ doch noch die alte, ihr so lieb gewordene Politik der Sanktionen und versteckten Annektionen wieder aufnehmen zu können. Diese „Vorbehalte“ sind offiziell noch nicht normiert worden. Aber aus der Pariser Presse ergibt sich ganz klar, auf welcher Linie sie sich bewegen.

Vor allem will man in Paris die Dinge so schieben, daß Frankreich instand gesetzt wird, in einem jeden Falle, in welchem Deutschland später etwa mit irgend einer Teilzahlung im Rückstand bleiben sollte, neue Sanktionen zu veranlassen. Nach wie vor heißt es jedoch, daß das Ruhrgebiet und das Rheinland nur nach erfolgreicher Zahlung — eventl. schrittweise — geräumt werden soll. Nun wird zwar auch die Pariser Regierung der Forderung des Sachverständigenberichts, daß Deutschland die volle und freie Verfügung über die Wirtschaftskräfte und Verkehrsmittel auch des besetzten Gebietes haben müsse, nicht gut entgegenzutreten können. Ganz aber will Poincaré die Hand von der Schlagader unseres wirtschaftlichen Lebens nicht fortnehmen. Und er hat deshalb schon in der vorigen Woche zur peinlichen Überraschung Englands einen Unterschied konstruiert zwischen wirtschaftlicher Ausbeutung und militärischer Besetzung. Diese militärische Besetzung will er erst dann aufgeben, wenn alles bezahlt ist.

Beharrt Paris bei dieser Anschauung, so würde eine wirklich vernünftige und zum Ziele führende Lösung des Reparationsproblems von neuem erschwert werden. Denn es ist richtig, was neulich geschrieben wurde, nämlich, daß man keine Kohlen fördern könne, wenn am Eingange des Schachts ein französischer Soldat mit aufgezanztem Bajonett steht. Die Möglichkeit von Konflikten mit der Besatzungsbehörde ist täglich gegeben, ferner aber auch die Möglichkeit, daß französische Generale und Obersten, die sich gerne auch auf dem Gebiet des Politischen betätigen wollen, in die deutschen Wirtschaftsverhältnisse hineinreden. Schließlich — und das ist die weltpolitische Bedeutung der ganzen Angelegenheit — ist jede militärische Besetzung eine mehr oder minder schamhaft verhüllte, politische Annektion. Und das werden die Alliierten Frankreichs sehr gut begreifen. Sie werden dem Friedenswillen der Pariser Regierung keinen Glauben schenken können, solange diese Regierung ihre Macht dazu verwendet, um deutsche Gebiete, deren Besetzung nicht einmal im Friedensvertrag vorgesehen ist, unter militärischem Druck zu halten.

Weiterhin will Frankreich nach wie vor die Lösung des Reparationsproblems verknüpfen mit der Frage der Sicherheiten und mit der Frage der interalliierten Schulden. Das Geschrei nach „Sicherheiten“ würde nach französischer Meinung dadurch beschwichtigt werden können, daß man eben Frankreich erlaubt, mit seinen Truppen möglichst lange am Rhein und an der Ruhr zu bleiben, und daß man überhaupt Rheinland und Ruhrgebiet als Aufmarschgelände der französischen Armee anerkennt. Die Frage der interalliierten Schulden würde eine Rolle zu spielen haben, wenn es gilt, endgültig die Summe der Reparationsschuld festzusetzen. Der Sachverständigenauschuss hat sich bekanntlich dieser Aufgabe nicht unterzogen.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß auch jetzt wieder eine wirklich befriedigende Lösung von der Haltung Frankreichs abhängen wird. Goffen wir, daß der Druck der Alliierten und Amerikas stark genug sein wird, um Frankreich zu einer Politik der Vernunft und des Friedens zu bringen! In Deutschlands ehrlichem Willen wird es jedenfalls nicht fehlen!

**Die Besetzung von Hugo Stinnes.** Im Berlin-Wilmersdorfer Krematorium wurde Montag mittag Hugo Stinnes eingäschert. Nach den ausdrücklichen Wünschen des Verstorbenen war im Innenraum des Krematoriums alles Düstere beseitigt. Die Wände waren mit lila Teppichen bespannt, rosa und weiße Hyazinthen, blühende Fliederbüsche und Orchideen schmückten den Raum. Um 1 Uhr traf der Trauerzug ein, dem die Abordnung der Knappenverbände vorausging. Zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden sowie Abgeordnete der Unternehmungen des Verstorbenen wohnten der Trauerfeier bei.

### Die deutsche Wirtschaftspolitik

Der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates haben in mehreren Sitzungen die künftige deutsche Politik besprochen.

#### Reichswirtschaftsminister Hamm

gab einen Überblick über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die er als gespannt und gefahrvoll bezeichnete. Es gelte, gegen die Gefahren der Übergangszeit geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Im Januar bzw. Februar habe die Einfuhr die Ausfuhr um 150 bzw. 250 Goldmillionen übertrafen. Die Verbrauchssteigerungen bringen schwere Gefahren für die Wirtschaft und die Währung mit sich. Die Abwehrmaßnahmen der Regierung gegen die übermäßige Einfuhr seien außerordentlich erschwert, solange Deutschland nicht über die Weltgrenze verfüge, über die die Franzosen zahlreiche Luxuswaren zu ganz außerordentlich ermäßigten Preisen nach Deutschland beförderten. Trotz dieser Schwierigkeiten an der Weltgrenze besteht aber die Pflicht, daß Deutschland alles Mögliche auf dem Gebiete der Einfuhrhemmung tue, den Inlandsverbrauch in verständige Bahnen lenke und den Luxusverbrauch einräume. Zur Steigerung der Ausfuhr bedürfe es vor allen Dingen der Senkung der Preise und die Regierung werde weiter für der Herabsetzung der Kohlenpreise besorgt sein. Die Regierung erwäge weiter, ob die Umsatzsteuer, die auf die Dauer die Wettbewerbsfähigkeit bei der Ausfuhr schwer beeinträchtigt, umgeformt werden könne. Außerdem sollen die Vorbereitungen für Handelsverträge nach Möglichkeit gefördert werden. Die Wirtschaft und das Volk müßten durch Selbstbeschränkung dazu beitragen, daß die Schwierigkeiten der Übergangszeit überwunden werden.

#### Reichsbankpräsident Dr. Schacht

das Wort, der zunächst an das in der Versammlung gefallene Wort anknüpfte, die Rentenmark gelte nur 60 Pfennige; das sei auch der Fall, genau so wie die Goldmark im Verhältnis zu den Preisen nur 60 Pfennige wert sei. Wenn der Wert der Mark an der Waage gemessen werde, dann sei die genaunte Währung vollständig richtig und beziehe sich nicht nur auf die Rentenmark, sondern auf sämtliche Währungen. Das Gesamtniveau im Verhältnis zur Währung sei in der ganzen Welt ein anderes geworden. Die Tatsache, daß man mit der Rentenmark im Auslande nicht dasselbe an Waren kaufen kann, wie im Inlande — die Differenz betrage etwa 8 bis 10 Prozent des Wertes — müsse man hinnehmen, denn die Rentenmark sei allein für den inländischen Verkehr bestimmt.

Der Reichsbankpräsident kam dann kurz auf die Tatsache zu sprechen, daß Sparkapital heute in Deutschland nicht zur Verfügung steht, die gesamten Spareinlagen werden in Deutschland im Augenblick auf etwa 250 Millionen Mark geschätzt gegenüber einer Summe von 20 Milliarden Goldmark, die im Frieden in Deutschland vorhanden war. Das Problem der Rentenmark genau paritätisch mit der Rentenaltala zu halten, sei solange unmöglich, als wir mehr Zahlungsverpflichtungen im Auslande haben, als auf der anderen Seite durch Rentenmark abgedeckt werden können. Wenn man, wie das zurzeit der Fall ist, Auslandsverpflichtungen mit Rentenmark abdeckt, dann komme selbstverständlich das Disagio. Die Rentenmark werde aber das Disagio nicht behalten, wenn genügend andere Zahlungsmittel vorhanden seien, sei es Exportware oder Kredite oder andere Dinge, die Auslandsverpflichtungen ablösen können.

Dr. Schacht wandte sich dann gegen die in vielen Kreisen sich bemerkbar machende Verkennung des transitorischen und rein internen Charakters der Rentenmark. Eine dauerhafte Währung müsse auf goldmetallischer Grundlage beruhen, die nun einmal in der ganzen Welt Anerkennung findet. Der transitorische Charakter der Rentenmark sei vielfach, z. B. auch in der Textil- und Schuhindustrie, außer Acht gelassen worden in dem Bestreben, die Konjunktur auszunutzen und den ungeheueren Bedarf, der ja durch die entsetzlichen Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegsjahre eingetreten war, zu befriedigen. Gleichzeitig sei durch die Stabilisierung der Mark die Kaufkraft der Menge etwas gestiegen. Damit setzte ein Kreislauf ein, der die Erwerbslosenunterstützungen in Rotauszahlungen verwandelte und der nur deswegen nicht früher stockte, weil in dem Gefühl der Sicherheit, welche die Stabilisierung der Mark herbeigeführt hat, eine ganze Reihe von Leuten ihre Devisen verkaufte, Baumwolle und anderes dafür einkaufte und die daraus gewonnenen Produkte im Inlande gegen Rentenmark verkaufte, so daß also eine gewisse Abwanderung von Devisenbeständen erfolgt ist und demgegenüber Rentenmarkguthaben im Inlande angehäuft wurden.

Dr. Schacht ging dann auf die Frage der kurzfristigen Auslandskredite ein, durch deren Inanspruchnahme auch den Handel eine große Verantwortung treffe. Jetzt komme der Augenblick, wo diese kurzfristigen Kredite zurückgestellt werden müßten und daher komme in den letzten Wochen der große Ansturm auf den Devisenmarkt. Auch die Kreditgewährung der Reichsbank habe ein sehr schnelles Tempo eingeschlagen. Die Kreditpolitik der Reichsbank müsse heute eine vollständige diskontionäre und willkürliche sein, denn sie reguliere sich nicht von selbst, wie es früher durch den Diskont der Fall war. Er fürchte, es werde auf lange Zeit hinaus Kreise geben, die unter allen Umständen Geld und Kredite haben müssen, und infolgedessen jeden Zinsfuß zahlen. Es sei deshalb ganz irrelevant, ob der Diskont 10, 12, 15, 20 oder 30 Prozent betrage. Er habe außerdem unmöglich die über 800 Millionen Goldmark betragenden Kredite zu Sähen geben können, die die Landwirtschaft mit 20 oder 30 Prozent be-

Mit einer Beilage: 8. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags



lastet hätten. Das hätte die Wurzel des ganzen Wirtschaftslbens getroffen. Es gehe nicht an, daß Staatsstellen Geld zu einem höheren Satz ausleihen, als es die Zentrale und das Währungsinstitut selber ermöglichen kann. Unter Bezugnahme auf seine zahlreichen Besprechungen im Ausland erklärte Dr. Schacht, daß, wenn die Reparationsfrage selbst unter Übernahme schwerer Lasten auf die deutsche Wirtschaft, einem vernünftigen Ende entgegengeführt werde, so werde das ausländische Kapital in überaus starkem Umfange an dem Wiederaufbau Deutschlands beteiligt werden. Im Gegensatz zu manchen alten Anschauungen sei es kein Unglück, sondern vielmehr eine Notwendigkeit, für die, wenn sie eintrete, man nur dankbar sein könne. Man werde sich wundern, wie viele Leute Interesse daran haben, sich in Deutschland zu betätigen, weil das Vertrauen zum deutschen Kaufmann und zum deutschen Industriellen immer noch ganz außerordentlich groß ist.

Bei der Kreditgebahrung der Golddiskontbank dürfe man nicht in denselben Fehler verfallen, der zumteil bei der Rentenbank gemacht worden sei. Die Golddiskontbank, gibt Goldkredite, die mit Gold zurückgezahlt werden müssen und nur derjenige kann sie zunächst in Anspruch nehmen, der Gold zur Verfügung hat und diese Kredite wieder in Gold zurückzahlen kann. Diese Kredite werden in allererster Linie für diejenigen Geschäfte und Industriellen möglich sein, die für den Export arbeiten. Die Rentenbank wird aber ganz systematisch daran gehen, unter ihrer Kundschaft zu prüfen, wer anstelle der Rentenmarkkrediten Goldmarkkredite gebrauchen kann und ich hoffe, daß wir eine Reihe von Rentenmarkkrediten zurückziehen und durch Goldkredite ersetzen können, damit wir die freiverwendenden Rentenmarkkredite wieder für die übrige Wirtschaft zur Verfügung stellen können. Ich erwarte von der Golddiskontbank auch auf diesem Gebiete unter allen Umständen eine Erleichterung unserer Währungssituation.

Der Expertenbericht sei trotz der schweren Lasten unter zwei Voraussetzungen diskutabel: einmal unter der Voraussetzung der Wiedergewinnung unserer wirtschaftlichen und politischen Freiheit; es sei eine Unmöglichkeit, Kohle aus dem Schacht zu fördern, wenn am Rechenloz einfranzösischer Doppelposten stehe. Das zweite Moment sei, daß für den Fall der Unmöglichkeit der Erfüllung nicht sofort militärische Sanktionen drohe, sondern daß gewisse Selbstregulierungen eingeschaltet werden, die es möglich machen, daß man sich mit Wirtschaftlern der anderen Seite zur Beratung zusammensetzt. Die Entgiftung des Reparationsproblems von Politik und Militarismus, die die Sachverständigen vorgenommen hätten, sei, so schloß der Reichsbankpräsident, etwas, was auch die Deutschen als eine Tat bezeichnen können die vielleicht für die Wiederaufnahme des internationalen Wirtschaftsverkehrs von großer Bedeutung werden kann. Nach dreitägigen Verhandlungen, wurden die Beratungen bis nach den großen politischen Entscheidungen vertagt. Man müsse, so erklärte der Vorsitzende Brauer in seinem Schlusswort, zunächst wissen, welche Stellung die Reichsregierung und die großen wirtschaftlichen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu dem Gutachten der Sachverständigen einnehmen. Der Reichswirtschaftsrat könne zu der künftigen inneren und äußeren Wirtschaftspolitik nicht Stellung nehmen, bevor grundlegend festgestellt sei, ob überhaupt deutsche Wirtschaftspolitik unter den Auswirkungen der im Gutachten der Sachverständigen aufgestellten Bedingungen möglich sei. In der Zwischenzeit soll ein Ausschuss von 12 Mitgliedern ein neues Wirtschaftsprogramm vorbereiten.

## Politische Neuigkeiten

### Der Reichskanzler u. der Rechtsradikalismus

In einer Zentrumsversammlung im Palmengarten zu Frankfurt a. M. sprach Reichskanzler Dr. Brüning:

Die Entscheidung, vor die wir in der nächsten Zeit gestellt werden, erfordert von uns tiefsten Ernst, Besonnenheit und Vaterlandsliebe. Die deutsche Regierung hat ihre Äkten und Bücher in vollster Offenheit den ausländischen Sachverständigen vorgelegt, wie von diesen auch anerkannt wurde. Sie wird mit aller Gewissenhaftigkeit und Vorsicht prüfen müssen, was vom deutschen Volke wirklich getragen werden kann. Sie wird allerdings von der deutschen Wirtschaft und von dem deutschen Steuerzahler verlangen müssen, daß Lasten bis an die Grenze des Möglichen übernommen werden. Aber darüber hinaus in eine Belastung einzuwilligen, kann gerechterweise von Niemanden verlangt werden. In gewissen Parteien, namentlich bei den Deutschenationalen und Deutschvölkischen wird allerdings noch scharfer Widerspruch gegen die von uns als richtig erkannte Politik erhoben. Was aber wollen denn diese Parteien an ihre Stelle setzen? Es ist eine charakteristische Erscheinung, daß diese Parteien nicht einmal den Mut haben, offen und frei zu erklären, welchen Weg denn sie einschlagen gedenken, um Deutschland die von uns allen erstrebte Freiheit wirtschaftlicher Entwicklung wieder zu verschaffen. Keiner von uns belächelt den völkischen Gedanken an sich. Das deutsche Volk hat sich großen geschichtlichen inneren Wert und Blick zurück auf solche rühmliche Vergangenheit der Geschichte und seine Kultur steht so hoch und ist in der ganzen Welt angesehen und geehrt, daß es unsere heilige Pflicht ist, für die Erhaltung, Pflege und Förderung unseres Deutschlands alle Sorge und Mühe aufzubieten. Aber in der Überspannung, die er durch die völkische Bewegung erfahren hat, ist der völkische Gedanke ungründlich und bedeutet eine große Gefahr für das deutsche Volk. Er hat in folgerichtiger Auswirkung den Krieg aller gegen alle zur Folge und würde dem Zerfall des Reiches und die vollständige wirtschaftliche Verrückung unseres Landes herbeiführen. Glaubt denn ein vernünftiger Mensch, daß bei einer Mehrheit von Deutschvölkischen und auch deutschnationalen Abgeordneten im Reichstag eine friedliche Auseinandersetzung zwischen Deutschland und den Ententestaaten möglich wäre? Würde dann nicht in Frankreich die radikalste, chauvinistische Richtung bei den Wahlen überhand gewinnen und mit einem Schein von Recht darauf bestehen, daß ein Deutschland, dessen radikale nationalistische Richtung auf diese Weise klar festgestellt sei, mit Waffengewalt niedergebunden und zerschüttelt werden müsse? Alle Ententeemächte würden dann geschlossen als unerbittliche Gegner uns gegenüberstehen. Die besetzten deutschen Bestände würden wohl endgültig dem Deutschen Reiche verloren sein, wenn die deutschvölkischen und deutschnationalen Ideen im Volke weiter Boden gewinnen würden. Vielleicht wird das Verantwortungsbewußtsein der Deutschenationalen durch den Umstand geweckt, daß der Stimmenzuwachs der Deutschvölkischen hauptsächlich auf Kosten der Deutschenationalen Partei geht. Die Deutschenationale Partei dürfte bei der Weiterverfolgung ihrer Politik nicht dem Schicksal aller Parteien entgehen, die mit Schlagworten und Phrasen auf die Instänke großer Massen rechnen und dabei die Erfahrung machen müssen, daß sie schließlich ihre eigene Macht an diejenigen verlieren, die noch leistungsfähiger und noch radikalere demagogische Agitation zu treiben verstehen. An der Wahlbeteiligung der Anhänger der Mittelparteien hängt diesmal das Schicksal des Vaterlandes. Wenn die radikalen Parteien selbst 200 Mandate erobern sollten, so müssen sich die Mittelparteien 300 Sitze im neuen Reichstag sichern. Das liegt nur in der Hand der Wähler. Ich muß nochmals mit allem Nachdruck betonen, daß

an dem Überhandnehmen nationalistischer Agitation und deutschvölkischer Ideen die verbundene Politik Frankreichs die Hauptschuld trägt. Ein großes Volk, wie das deutsche, kann nicht Sklavenarbeit verrichten. Es will in Freiheit die übernommenen Verpflichtungen erfüllen. Es erhebt auch als befreites Volk Anspruch auf die Achtung, die ihm als große Nation mit ehrenvoller Geschichte gebührt.

### Strefemann über Stinnes

Reichsaussenminister Dr. Strefemann hat am Montag die Gelegenheit eines Interviews mit dem Berliner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ über die Persönlichkeit Hugo Stinnes dazu benützt, durch dieses Medium hindurch seine eigene republikanische Gesinnung zu betonen. Er betonte, daß es ganz falsch sei, in Stinnes den Vertreter einer besonders reaktionären Auffassung zu erblicken. Stinnes habe keineswegs zu dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei gehört. Er sei vielmehr durchaus überzeugter Republikaner gewesen und habe aus dieser Gesinnung auch kein Hehl gemacht. So sei er auch in der Deutschen Volkspartei für die Übernahme der Verantwortlichkeit durch Teilnahme an der Regierung eingetreten und habe auch das Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie rein realpolitisch betrachtet. Auch gegen die deutschnationale Außenpolitik habe er sich gewandt mit den Worten, daß die Deutschnationalen „kein politischer Exportartikel seien.“ Ferner teilte Strefemann mit, daß gleich am Anfang seiner Reichskanzlerschaft Stinnes ihm den Rat gegeben habe, den passiven Widerstand aufzugeben und auf jeden Fall etwas zu versäumen, was zu einer Verständigung mit Frankreich führen könne.

### Zentrumsparlei der Pfalz

Die Gründungsversammlung der Zentrumsparlei der Pfalz, die Sonntag mittag in Mannheim stattfand, war aus allen Kreisen und Berufsständen der Pfalz stark besucht. Oberpostinspektor Bruch-Ludwigshafen teilte mit, daß der Chefredakteur der „Neuen Pfälzischen Zeitung“ Dr. Fint, wegen seines Anschlusses an die Zentrumsparlei von dem Vorsitzenden des Ausschusses, Bürgermeister Dr. Buscher, schriftlich entlassen worden sei. Abg. Hofmann-Ludwigshafen, stürmisch von der Versammlung begrüßt, hielt den Generalsekretär der Deutschen Zentrumsparlei, Herrn Vöcker-Berlin, willkommen. Er erstattete einen Bericht über das Thema „Bayerische Volkspartei und Zentrum“, wobei er ausführte, daß nach der 1920 erfolgten endgültigen Trennung die Bayerische Volkspartei eine neue Partei geworden sei, die sich immer mehr der besonders für das besetzte Gebiet unheilvollen Politik der Deutschnationalen genähert und dadurch die Zustände, die sich in der letzten Zeit in München herausgebildet haben, mitverschuldet habe. — Die Gründung der Zentrumsparlei der Pfalz wurde einstimmig beschlossen. In den Vorstand wurden gewählt: Bürgermeister Dr. Sieben-Deidesheim, 1. Vorsitzender, Pfarrer Fint, 2. Vorsitzender, Postoberinspektor Bruch-Ludwigshafen, 3. Vorsitzender, Direktor Buscher-Ludwigshafen, Kassier, Oberpostsekretärin Fraulein-Göschel-Ludwigshafen, Schriftführerin. Als Epitaphandidat für die Reichstagswahlen wurde einstimmig Oberlehrer Hofmann-Ludwigshafen aufgestellt.

Die „Königliche Volkszeitung“ meldet aus München: Zwischen den Führern der Bayerischen Volkspartei und denen des Zentrums haben anlässlich der Tagung des Vorstandes des Reichszentrums in Frankfurt a. M. Verhandlungen stattgefunden, bei denen versucht wurde, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Diese Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

Die Zahl der aus der Pfalz Vertriebenen beträgt nach über 4000. Von 5302 ausgewiesenen pfälzischen Eisenbahnern bezw. ihren Familien durften bis jetzt nur etwa 900 in die Pfalz zurückgekehrt sein. Ihre Rückkehr geschieht auf Anforderung der Regie. Trotz des Speerer Abkommens werden von den Besatzungsbehörden noch zahlreiche Personen wegen Bekämpfung der Separatisten in Haft gehalten.

Über einen Zwischenfall an der schweizerisch-italienischen Grenze wird berichtet. Der Gemeindevorstand der Tessinischen Grenzort Ponte-Tresa, der sich am Freitag in persönlicher Angelegenheit nach Varese in Italien begeben hatte, wurde von den Faschisten festgenommen. Nach italienischer Darstellung sollen vor einigen Tagen Tessinische Soldaten während eines Marsches an der italienischen Grenze feindliche Rufe gegen Mussolini und den Faschismus ausgestoßen haben. Die Faschisten verlangten von ihm, daß er einen Aufruf erlasse, in welchem er die angegebenen Vorfälle bedauert und eine Entschuldigung ausspricht, da sonst eine Strafexpedition nach Ponte-Tresa unternommen werde.

Die Wahlen in Dänemark. Bei den Wahlen zum dänischen Folketing erlangten die gemäßigte Linke 45, die Konservativen 28, die Sozialdemokraten 55, die Radikalen 20, die Deutschen einen Sitz. Die gemäßigte Linke verlor 7 Sitze, die Konservativen gewannen ein Mandat, die Radikalen 2, die Sozialdemokraten 7 Mandate. Die Erwerbsparlei verlor drei Sitze. Es ist damit zu rechnen, daß die bisherige Koalition (gemäßigte Linke und Konservativen) im neuen Folketing über 74 Sitze verfügen werden gegen 75 der Opposition (radikale Linke und Sozialdemokraten).

## Kurze Nachrichten

Einigung in den Ricum-Verhandlungen. In der Ricumfrage wurde am Montag nachmittag zwischen beiden Gruppen ein völliges Einverständnis erzielt. Das neue Abkommen, welches nur noch der Unterschrift beider Parteien bedarf, läuft bis zum 15. Juni.

Die Vorkaufstextkonferenz hat Montag vormittag eine Sitzung abgehalten, in der über laufende Angelegenheiten verhandelt wurde. Eine Nachricht, daß die Vorkaufstexte sich mit der deutschen Note über die Militärkontrolle in Deutschland beschäftigt haben, wird demontiert.

Verzinsungssteuer-Minderbefähigung. Eine vom Reichsrat angenommene Verordnung stellt die Minderbefähigung der von den Gemeinden zu erhebenden Verzinsungssteuer auf Goldmark um. Gleichzeitig findet eine Ermäßigung einzelner Sätze statt mit Rücksicht darauf, daß die bisherigen Sätze das Risiko einer Geldentwertung nicht in sich schließen, und daher bei Umstellung auf Gold unverhältnismäßig hoch sein würden. Die neuen Bestimmungen sollen am 1. Juni in Kraft treten.

Bewährungsfrist für Graf Arco. Wie die bayrische Regierung amtlich bekannt gibt, wird die Strafvollstreckung gegen den Grafen Anton Arco-Ballen, der Eisener erschossen hatte, auf Grund eines Ministerratsbeschlusses vom 13. April mit Aussicht auf spätere Bewährungsfrist unterbrochen.

Die „Note Fahne“ verboten. Der Reichsminister des Innern Dr. Jarres hat die Note Fahne auf 14 Tage verboten wegen Abdrucks einer auf dem kommunistischen Parteitag gehaltenen Entschließung, in der zum Sturz der jetzigen Regierung aufgefodert wird.

Obenburger-Jaunshau und die Deutschnationalen. Der als unwürdiger Vertreter des Junterstandspunktes bekannt gewordene ehemalige Reichstagsabgeordnete von Obenburger-Jaunshau ist aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten

mit der Begründung, daß er sich gegenüber der Deutschnationalen Partei und der Völkischen Freiheitspartei freie Hand bewahren will.

Die Legislaturperiode der französischen Kammer ist Sonntag abend abgeschlossen worden. Die Kammer hat sich auf 1. Juni vertagt. Der Senat hat beschlossen, sich bis 3. Juni zu vertagen. Ansperrung von 100 000 Londoner Werftarbeitern. Der angeordnete Ausschluss für Werftarbeiter ist Samstag abend zur Tatsache geworden. 100 000 Mann sind arbeitslos und 50 000 weitere Personen sind ebenfalls davon betroffen. Durch diese Wendung entsteht der Arbeiterregierung eine neue Gefahr und dem Lande ein ungeheurer Schaden.

Lloyd George ist an einem Lungenkatarrh ernstlich erkrankt. Eine englisch-russische Konferenz findet zurzeit in London statt. In seiner Eröffnungsrede erklärte Macdonald, daß diese Verhandlungen das Ziel hätten, das bisherige Handelsabkommen durch einen zeitgemäßen Handelsvertrag zu ersetzen. Katowski erklärte seine Bereitschaft, die Frage der Schulden und der Verträge freimütig zu erörtern und fügte hinzu, er hoffe, daß die Konferenz Fortschritte bezüglich der wichtigen Frage der Abrüstung und des europäischen Friedens machen werde. Die Verhandlungen werden mehrere Wochen in Anspruch nehmen.

Neue polnische Währung. Ein außerordentlicher Ministerrat hat wie aus Warschau gemeldet wird, den Plan der Änderung der polnischen Währung angenommen. Vom 11. Juli ab ist die Mark kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr, sondern der Lot, dessen Wert auf 1 800 000 polnische Mark festgesetzt ist. Nach dem 31. Mai 1925 verliert die Marknote ihre Gültigkeit.

Freisprechung der früheren bulgarischen Minister. Die Minister des Kabinetts Stambuliski, die wegen Verschönerung und der Bildung ungesetzlicher Kampfbünde angeklagt waren, wurden freigesprochen.

Republik Griechenland. Bei der Volksabstimmung in Griechenland haben nach dem vorläufigen Ergebnis 75 Prozent für die Republik gestimmt. Die Republikaner feierten ihren Sieg durch eine reiche Illumination der Stadt Athen.

## Die Sachverständigengutachten

### Reich und Länder

Die Beratungen des Reichskabinetts mit den Ministerpräsidenten der deutschen Länder über die Gutachten der Sachverständigenkomitees sind Montag abend zu Ende geführt worden. An der Konferenz nahmen übrigens alle Staats- und Ministerpräsidenten der deutschen Länder teil. Galantlich wird berichtet, daß sich in der Konferenz, die ja keine Beschlüsse zu fassen hatte, in allen wesentlichen Punkten weitestgehende Einmütigkeit ergeben habe. Welches die Stellungnahme der Reichsregierung zu den Gutachten der Sachverständigen ist, ist aus den letzten Wahreden des Reichskanzlers und des Minister Dr. Strefemann bereits deutlich hervorgegangen: Die Reichsregierung wird sich grundsätzlich auf den Boden der Gutachten stellen und ist sich dabei der Zustimmung der großen Volksmehrheit ebenso sicher wie der maßgebenden Vertreter der deutschen Industrie. Im Laufe des heutigen Dienstags wird die Regierung in einer weiteren Kabinettsitzung ihre Stellungnahme, die danach keine Überraschungen mehr bringen kann, fixieren und sich zugleich über die Art schlüssig machen, in der sie dem Erlaß der Reparationskommission um eine Meinungsänderung Folge leisten wird.

### Abänderungsvorschläge Frankreichs

In einer offiziellen Auslegung der Pariser Sabas-Agentur zu dem Beschluß der Reparationskommission heißt es: Die Einstimmigkeit des Beschlusses, durch die Deutschland einer wieder hergestellten alliierten Einheitsfront gegenübergestellt, müsse es nach menschlichen Ermessen veranlassen, auf neue Listen zu verzichten. Die grundsätzliche Zustimmung der Repks zu dem Plan der Sachverständigen tut ihrem Rechte, dieses System abzuändern, keinen Abbruch. In dieser Beziehung habe der französische Delegierte nicht verfehlt, einen Vorbehalt allgemeiner Art zu machen, der sich gleichzeitig auf die von den Sachverständigen vorgesehene Mittel zwecks Kontrolle der Durchführung ihres Planes und auf die Garantien bezogen haben, die zu bestimmen die Sachverständigen keinen Auftrag gehabt hätten, die aber die alliierten Regierungen vielleicht für unerlässlich erachteten würden, um Deutschland dahin zu bringen, daß es in Zukunft seine neuen Verpflichtungen hält. Die Ausübung dieses Rechts habe in keiner Weise beschränkt werden können.

Der diplomatische Berichterstatter des Londoner „Observer“ schreibt: Die Verträge, die leider in Paris gemacht wurden, Abänderungen an dem Plan der Reparationsfachverständigen zu machen, verursachen einige Besorgungen. Damit keine Mißverständnisse auf der anderen Seite über diesen Punkt entstehen, ist es gut, klar zu machen, daß weder auf amerikanischer, noch auf englischer Seite die geringste Absicht besteht, irgend eine Abänderung in Betracht zu ziehen. Es wird in dem Bericht vollkommen deutlich gesagt, daß die Vorschläge als Ganzes stehen und fallen und kein Teilchen zulassen.

Dagegen berichten die „Daily News“, daß im Falle eines deutschen Verzugs alle Alliierten sich verpflichten sollen, eine gemeinsame Aktion zu unternehmen, die britische Regierung sich keinen prinzipiellen Einwand gegen diese Forderung erheben werde. „Daily Telegraph“ führt aus, die gegenwärtige britische Regierung sei wahrscheinlich bereit, den Teil des Dawes-Planes anzunehmen, in dem es heißt, daß, wenn Deutschland gegen die Erfüllung der Verpflichtungen offensichtlich verstoße, die Gläubigerstaaten sich über die vorzunehmenden Sanktionen im vorläufigen sollen. Der Sachverständigenausschuß habe seinen Plan als ein unteilbares Ganzes unterbreitet und es sei verständlich, daß für den Fall der Unausrichtigkeit Deutschlands Vorkehrungen getroffen werden müßten.

### Belgien und die Vorkläufe

Dem Brüsseler Berichterstatter der Londoner „Times“ zufolge wird das belgische Kabinett den von den Reparationsfachverständigen erzielten Schlußfolgerungen vorbehaltlos Billigung spenden. Die belgische Regierung werde die baldige Zusammenkunft der Häupter der alliierten Regierungen vorschlagen, um die Fragen der Festsetzung des Betrages der deutschen Schuld, der Verteilung der Zahlungen und der Sanktionen zu erörtern, die angeordnet werden sollen, wenn Deutschland nach seiner Zustimmung zu den Schlußfolgerungen der Sachverständigen versuchen sollte, seinen Verpflichtungen zu entgehen. Der Ministerrat prüfte die Berichte der Sachverständigenkomitees und erachtete sie als eine brauchbare Grundlage für eine baldige praktische Lösung der Reparationsfrage.

### Mussolini und Dawes

Als Ergebnis der Unterredungen, die Mussolini mit dem in Rom anwesenden Vorsitzenden des Expertenkomitees Dawes hatte, ist, wie der Berichterstatter der „Trib. It.“ meldet, festzustellen, daß Mussolini an dem alten Standpunkt festhält.



Die Lösung des Reparationsproblems sei ohne vorherige Bereinigung der Frage der interalliierten Schulden unmöglich. Deshalb wird er einer etwaigen Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten zum Zweck der Feststellung der Höhe der deutschen Schuld erst zustimmen, wenn die Schuldenfrage befriedigend geregelt ist. — Die Nachricht, daß der deutsche Votschafter Neurath mit Daves und Mussolini über die Reparationsfrage konferiert habe, ist falsch. Dagegen holte sich Salvo-Raggi, der italienische Vertreter in der Reparationskommission, bei seinem Fachminister Instruktionen. Er kehrt am Mittwoch nach Paris zurück, um die deutsche Antwort abzuwarten.

Die „Idea Nazionale“ bleibt trotz den optimistischen Pariser Berichten bei ihren Zweifeln über die Durchführung der Expertenentscheidungen, da diese mehr von politischen als von wirtschaftlichen Umständen, insbesondere vom guten Willen Frankreichs, sich bezahlen zu lassen und die Ruhr zu räumen, abhängen.

Der Sachverständige Professor Flora in Bologna erklärte in einem Interview, die Entente werde niemals durch übermäßige Forderungen Deutschland zu Boden schlagen können, ohne gleichzeitig sich selbst zu ruinieren. Die Vorschläge der Sachverständigen zielen nur darauf ab, Deutschland bei der Stabilisierung seines Geldes, bei Herstellung des Gleichgewichts seines Budgets und bei den Zahlungen für die Reparationen zu unterstützen, indem sie das Wirtschaftsleben von seinen Fesseln befreien und nicht unterdrücken wollen.

## Badischer Teil

### Wahlen im besetzten Gebiet

Die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat ihren Delegierten Anweisungen gegeben, daß den regelrecht angemeldeten Wahlversammlungen grundsätzlich kein Hindernis bereitet werde. Die Anmeldungsfrist, die in den Ordnonanzen der Rheinlandkommission auf 48 Stunden festgesetzt ist, wurde für die Wahlzeit auf 24 Stunden abgekürzt. Was den Personenverkehr betrifft, so können die in den besetzten Gebieten wohnenden Personen frei ein- und ausreisen, müssen aber ihre Identitätskarte mit sich führen. Bewohner des unbesetzten Gebietes erhalten während aller Wahlzeiten, sofern sie Kandidaten, Parteifreier oder andere Personen sind, für die ein begründeter Antrag beim zuständigen Delegierten der Rheinlandkommission gestellt wird, einen Geleitchein. Diese Vergünstigung soll sich zwar grundsätzlich nicht auf ausgewiesene Personen erstrecken, jedoch werde auch für solche Ausgewiesene, die sich als regelrecht angestellte Kandidaten ausweisen, Ausnahmen gemacht werden. In diesen Fällen ist die Aufenthaltserlaubnis auf 15 Tage beschränkt und gilt unter dem Vorbehalt, daß der Aufenthalt des Betreffenden zu keiner Kundgebung Anlaß gibt, welche gegen die Sicherheit der Besatzungstruppen und die Würde der Besatzungsmächte verstößt.

Die Presse unterliegt im besetzten Gebiet, wie bekannt, keiner Zensur. Es ist den Zeitungen lediglich untersagt, Artikel zu bringen, die geeignet sind, der Sicherheit oder der Würde der alliierten Armeen und der Besatzungsmächte zu schaden.

### Fachbildungsarbeit bei der Freiburger Polizei

Über „Funkwesen und Polizei“ sprach dieser Tage in den von der Polizeidirektion Freiburg eingerichteten polizeitechnischen Kursen, der Vorsitzende des Oberrheinischen Funkvereins, Telegraphendirektor Böcker, im Freiburger Bezirksratsaal. Der durch Zeichnungen und Vorführung von Apparaten unterstützte Vortrag gab den Polizei- und Gendarmeriebeamten des Bezirks eine anschauliche Übersicht über die allgemeine wirtschaftliche und technische Bedeutung des Funkverkehrs und machte sie mit den neuen Aufgaben vertraut, die auf Grund der Reichsverordnung vom 8. März 1924 der Polizei bei der Kontrolle der unbefugten errichteten oder betriebenen Funkanlagen obliegen.

Gleich wertvolle Anregungen vermittelten den Polizeibeamten die in der letzten Woche zum Abschluß gelangten volizeitechnischen Vorträge des Referendars Dr. Grünwald-Freiburg über die „Psychologie der Jugendlichen“ und über die „Handschriftendeutung und Handschriftenvergleichung in krimineller Beziehung“. Die nächsten Vorträge des Kurzes werden nach Ostern in dem Physiologisch-chemischen Institut der Universität stattfinden.

### Tanzabend Heddy Porck

Das ewig unergründliche Spiel der Bewegungen ist Sache des Kindes, mathematisch berechnete Gestaltung die des Erwachsenen. Natürlich laufen Quersäben durch die Tänze des einen wie des andern. Auch die Tanzkunst eines Mannes oder Weibes kann kindlich wirken, schließt jedoch schon ein Kind aus seiner fundamentalen, weil ihm allein gehörenden Spielsphäre nach dem Tanzgebaren der Großen, so wirkt das grotesk. Ihrer ursprünglichen Naturbegabung zuwider hat sich die Kleine Heddy Porck, die erstmals hier vor die Öffentlichkeit trat, auch auf solche bizarre Dinge schon eingelassen. Um es gleich zu sagen, es waren nicht die überraschendsten Leistungen des sensationellen Abends, weil sie im Grunde eben doch dem starken Talent des Kindes widersprachen, das gar keine solche Kopien braucht und am überzeugtesten dort wirkt, wo es augenblickliche glückliche Einfälle spontan in fröhliche Leichtigkeit des Tanzes auflösen kann. Die Siebenjährige leistet für ihr Alter Phänomenales, das angelegentlich anzumeren geht tatsächlich in Erfüllung, zumal das harte und harte Auge der Lehrerin in technischen Dingen keinerlei Täuschung aufkommen läßt. Gerade da schreien die Weinken und arbeiten die Arme unbewußt mit geradezu erstaunlicher Präzision. Das Resultat der Schulung, die wie man mir sagt, erst ein knappes Jahr währen soll, ist ebenso verblüffend wie das angeborene sichere Bewußtsein, mit dem die Kleine auf der gewonnenen Grundlage zu Eigenem weiterfährt. Doch sei beizugeben festgestellt, daß dem disziplinierten Körperchen, so charakteristisch es in Einzelheiten auch schon an das eigentliche Gestalten heranwagt, jetzt erst die Tanzangabe in ihren ganzen Problematik sich aufst. Möge die gesunde Entwicklung nicht durch den Erfolg gefährdet werden, möge natürliche Fruchtbarkeit, die das Kind für den Tanz entscheiden beisteht, nicht verwehrt

### Das Erholungsheim Annaberg

für Kriegsbeschädigte in Baden-Baden (A. E. Thiergärtner-Schenkung) wird am 1. Mai ds. Js. wieder eröffnet. Vom Hauptversorgungsausschuss wird hierzu mitgeteilt:

Erholungsbedürftigen Kriegsbeschädigten ist in dem in Baden-Baden auf der Friedrichshöhe unmittelbar am Merkurwald gelegenen Heim die Möglichkeit eines Erholungsurlaubes bis zu 4 Wochen gegeben. Durch weitgehendes Entgegenkommen der Kurverwaltung und der Badanstaltenkommission Baden-Baden genießen die Inassen des Erholungsheims wesentliche Vergünstigungen beim Gebrauch der Bäder und bei den Kurveranstaltungen. Der Verpflegungspreis beträgt zurzeit 2,80 M. und muß jetzt grundsätzlich von den Kriegsbeschädigten selbst aufgebracht werden, da die Geldentwertung den früher zur Ermöglichung kostenlosen Erholungsurlaubes gestifteten Schenkungsfonds leider aufgezehrt hat. Baldige Anmeldungen zur Aufnahme in das Erholungsheim werden empfohlen. Anträge auf Aufnahme nehmen die Versorgungsämter und die Fürsorgämter (Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte) entgegen.

### Das abgeänderte Reichstagswahlrecht

Abg. Präsident Dr. Wittemann schreibt uns zu seinem dem „Bad. Beobachter“ entnommenen Artikel über das abgeänderte Wahlrecht nach:

Der Artikel war längst abgefaßt, als die Reichstimmordnung erst erschien. Diese nötigt zu einzelnen Änderungen. Wesentlich ist die, daß die Stimmzettel amtlich hergestellt werden, und daß sie erst im Wahlraum ausgehändigt werden beim Wählen, nicht mehr vorher! Alle zugelassenen Wahlvorschläge erscheinen auf dem von der Regierung amtlich hergestellten Stimmzettel in der fortlaufend nummerierten Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs beim Kreiswahlleiter. Die Partei wird angegeben und dazu werden die Namen der 4 ersten Bewerber jedes Vorschlags beigefügt. Die Gemeinden erhalten die erforderliche Anzahl dieser amtlichen Stimmzettel und geben sie an den Abstimmungsleiter der einzelnen Stimmbezirke. Auf dem Tische des Abstimmungsleiters liegen für die Wähler ab Beginn des Wahlaktes die amtlichen Umschläge und die amtlichen Stimmzettel bereit. Der Wähler erhält, sobald er den Wahlraum zwecks Wählens betreten hat, Umschlag und Stimmzettel von einem Mitglied des Abstimmungsleiters und begibt sich in den Nebenraum oder zur Erfragvorrichtung. Hier müssen alle oder Federhalter und Tinte aufgelegt sein. Falls das Schreibmaterial fehlt oder abhanden gekommen ist, kann es vom Vorstand reklamiert werden. Jedoch ist es auf alle Fälle gut, selbst Blei, Tintenstift, Füllfederhalter oder ähnliches mit sich zu führen, um nicht in Verlegenheit zu kommen! Der Wähler kennzeichnet nun auf dem Stimmzettel, welchem der auf dem Stimmzettel aufgeführten Wahlvorschläge er seine Stimme geben will, durch Anbringen eines Kreuzes (am besten in dem angebrachten Kreis) bei der Partei, für die er stimmen will oder durch Unterstreichen der Partei, für die er wählen will, oder sonst in erkennbarer Weise, etwa, indem er bei der Partei, für die er stimmen will, hin schreibt, z. B. „Ich wähle Zentrum“, oder indem er z. B. Zentrum wählen will, alle anderen Parteien durchkreuzt, nur nicht das Zentrum. Den so gekennzeichneten amtlichen Stimmzettel legt er dann in den amtlichen Umschlag und begibt sich zum Vorstandstisch, wo er, nachdem seine von ihm bekannt gegebene Person in der Wählerliste oder Stimmkarte aufgefunden ist, den Wahlumschlag mit Stimmzettelinhalt dem Abstimmungsleiter übergibt, der ihn sofort ungeöffnet in die Stimmurne legt. Wahlzettel werden also nicht mehr ins Haus geschickt oder vor dem Wahllokal verteilt. Der Stimmzettel wird vor dem Wählen ausgehändigt. Im Nebenraum oder am Nebentisch kann dann der Wähler frei, ungehindert, unbefristet wählen wie und wen er will. Eine Kontrolle oder ein Aufzählen von Wahlzetteln durch andere Personen, damit man nur in bestimmter Sinne wählen kann, ist jetzt ausgeschlossen. Die Wahlfreiheit ist besser garantiert als bisher. Daher wird man das noch Ungeübte des neuen Verfahrens gern in Kauf nehmen. Man muß nur acht haben, daß man auch richtig, wirklich klar und deutlich die Partei kennlich macht, für die man stimmen will und daß man nicht ungeachtet seiner eigenen Stimmzettel selbst unzulässig macht. Es ist gut, wenn man den amtlichen Stimmzettel erhalten hat, gleich zu prüfen, ob er nicht irgendwo gefangen ist und wenn das der Fall wäre, einen neuen ohne Kennzeichen verlangen.

### Aus den Parteien

Die deutschnationale Partei Badens hat für die Reichstagswahlen folgende Kandidaten aufgestellt:

1. Waltraff, Staatsminister a. D., 2. Dr. Hanemann, Landesdirektor, M. d. L., Mannheim, 3. August Schneider, kaufmännischer Angestellter, M. d. L., Mannheim, 4. Karl Hermann, Malermeister und Stadtrat, Pforzheim, 5. Prof. Dr. Gustav Mayer, Neustadt (Schw.), 6. Landwirt Albert Kammerer, Graben, 7. Maria Sturm, Gärtnerin, Überlingen a. S., 8. Oberpostsekretär Ludwig Stump, Konstanz, 9. Sofie Mayer, Arbeiterin, Pforzheim, 10. Ernst v. Christmar, Generalmajor

werden mit jener Pfropfungskunst, an der so manche Wunderlinder schnell dahinstreifen. Das wäre sehr schade, denn nach allem, was man an dem Abend gesehen hat, bespricht die Kleine Gutes, auch wenn sie — groß geworden — die Grenzen und Möglichkeiten des eigenen Wesens längst besser eingesehen hat.

Mit jarten Füßchen, behutsam und ohne übermäßige Anstrengung scheinbar tanzte die Kleinkünstlerin ein Programm von acht verschiedenen Nummern, von denen einige sogar wiederholt werden mußten. Ihr Figürchen war sorgfältig und gärtlich in Kostüme nach Entwürfen von Kunstmalern A. Döhl gehüllt. Das sehr beifallsfreudige Publikum folgte aber auch mit angeregter Aufmerksamkeit den Violinstücken, die J. Dolz zur Klavierbegleitung J. Pallaß mit virtuosem Können aufspielte.

Landestheater. Am Dienstag, den 15. ds. Mts. findet die sechste Wiederholung von Hans Pflumers musikalischer Legende „Pelegrina“ statt. Beginn der Vorstellung um 8 Uhr. Mittwoch, den 16. ds. Mts. gelangt „Mignon“ zur zweiten diesjährigen Aufführung. Die Partie des Lothario singt Herr Beyrauch. Für die beiden Obergerichte am 20. und 21. ds. Mts. ist eine Wiederaufnahme von Richard Wagner's Bühnenweihspiel „Parsifal“ vorgesehen. Die musikalische Leitung hat Operndirektor Cortolozis inne, die Spielleitung Oberregisseur Stang. Die Titelpartie singt Herr Kälbe. In den übrigen Partien sind beschäftigt die Damen Brägelmann, Färber-Straher, Freig (Dienstagabend), Joebisch, Burs, Stecher, Nis (Dienstagabend) und Emma Ruf, und die Herren Glas, Büttner (Dienstagabend), Dr. Bucherfening (Dienstagabend). Der Beginn der beiden Vorstellungen ist auf 4 1/2 Uhr angesetzt.

und Stadtrat, Freiburg, 11. Ferdinand Lang, Glasermesser, Karlsruhe, 12. Christian Bäuerle, Kobitant, St. Georgen, 13. Dr. Friedrich Kusler, Arzt in Schopfheim, 14. Gustav Hermann, Bürgermeister in Weisheim, 15. Wilhelm Lubewig, Kaufmann in Mannheim, 16. D. Mayer, Geh. Oberkirchenrat, M. d. L., Karlsruhe.

### Landung eines französischen Flugzeuges

Karlsruhe, 15. April. Heute morgen ist bei Osterburken ein französisches Flugzeug niedergegangen. Die polizeilichen Feststellungen sind eingeleitet.

### Aus der Landeshauptstadt

Die Regelung des Verkehrs in Karlsruhe, die insbesondere wegen der Zunahme von Kraftwagen und Motorrädern sich erforderlich macht, wurde am gestrigen Montag in einer Besprechung der interessierten Kreise behandelt, die im Saal des Bezirksamts stattfand. Polizeidirektor Hauser teilte mit, daß 2 besondere Verkehrsposten am Marktplatz und beim Moninger (Hauptpost) aufgestellt werden, welche durch Handbewegungen den Verkehr zu regeln haben. Die Zunahme der Kraftfahrzeuge gehe daraus hervor, daß seit Wochen täglich etwa 12 Motorräder hier neu zugelassen wurden. Die Polizeibeamten mühten durch die Kraftfahrer wie das Publikum unterrichtet werden. — Straßenbahndirektor Schmittmann wies daraufhin, daß in Karlsruhe sich der Verkehr in der Hauptsache an der Pyramide und an der Post zusammendränge. Wenn an der Pyramide die Geleise so geführt werden, daß sie beiderseits das Denkmal umfassen, würde eine erhebliche Verkehrsverleinerung eintreten, jedoch der Markt beschränkt werden. Im Auge gefaßt sei u. a., den Bürgersteig am Rathaus etwas flacher zu gestalten, damit der Verkehr erleichtert werde. Der Lastkraftwagenverkehr, namentlich mit Wagen, die nicht mit Vollgummi versehen sind, erschüttere die Häuser, beschädige die Glühbirnen, die Kanalbedel, das Straßenpflaster. Recht zu klagen sei über die mangelnde Verkehrsdisziplin der Karlsruher Bevölkerung. Verkehrsleiter Kacher brachte namens des Verkehrsvereins zahlreiche Anregungen vor. An der Pyramide fehle die Übersicht. Die neuen Maßnahmen der Polizei seien als erzieherisch zu werten. Auch der Fahrverkehr müsse sich mehr Straßendisziplin zu eigen machen. Des weiteren empfahl der Redner die Anlagen des Schloßplatzes, den Japanengarten usw. der Aufsicht durch die Polizei. — Polizeidirektor Hauser hat die Organisationen, auf ihre Mitglieder einzuwirken, daß sie sich den Verkehrsregeln fügen. Stadtrat Steinel hält es für notwendig, daß die Verkehrsposten am Marktplatz und Post nicht durch Auskünfte an das Publikum von ihrer Aufgabe abgelenkt werden. Das Ein- und Aussteigen aus der elektrischen Straßenbahn müsse in Karlsruhe noch erheblich schneller, ähnlich wie in anderen Städten, vor sich gehen. Die Schule solle die Kinder dahin aufklären, daß sie die Autos nicht als Feinde betrachten, und, wie es häufig in den Vororten geschieht, mit Steinen bewerfen. Die Klagen über den ungeschickten Lärm der Motorräder seien berechtigt. — Herr Stegmann vom Motorfahrerverein schlug vor, daß die Motorradfahrer auf belebten Straßen hinter der Straßenbahn abstoppen. Direktor Dr. Guhl wünschte eine allgemeine Verkehrsregelung für das ganze Deutsche Reich, u. a., daß allgemein rechts gefahren werde. Polizeidirektor Hauser teilte mit, daß die Polizeibeamten über technische Fragen im Motorfahrwesen theoretisch und praktisch unterrichtet werden. Mit Stoppuhren habe man keine sehr guten Erfahrungen gemacht. Das Fahrverbot am Sonntag bestehe in Karlsruhe nicht und werde voraussichtlich auch für die Landbezirke aufgehoben. — Kommerzienrat Moninger wendete sich gegen ein etwaiges Verbot, daß Lastkraftwagen die Kaiserstraße besahren, da alle hiesigen Wagen mit Vollgummi bereift seien. Herr Gübel vom Verein der Kraftfahrzeugbesitzer vertrat den Wunsch, daß die Kraftwagen wieder ihren alten Platz am Moninger erhalten. — In einem Schlusswort betonte Polizeidirektor Hauser, daß die gegebenen Anregungen weiter verfolgt werden.

Geh. Kommerzienrat Dr. Ing. h. c. Robert Sinner blidt am heutigen Dienstag auf eine 60jährige Tätigkeit im Dienste des Unternehmens zurück, das als Sinner & Co. einen Weltruf genießt. Er hat das Amt des Generaldirektors inne.

Oberhandelslehrer Greiner von der hiesigen Handelsschule ist mit dem 1. April aus dem Schuldienst ausgeschieden. Zur Verabschiedung des bewährten Schulmannes hatte sich am vergangenen Mittwoch im Anschluß an die offizielle Schülerentlassungsfeier das Lehrerkollegium vollzählig versammelt. Direktor Stemmer würdigte die großen Verdienste des Herrn Greiner, die sich dieser nicht nur als Lehrer, Erzieher und warmer Freund der Jugend, sondern auch als energischer und zielbewusster Vor- und Mitkämpfer in vorderster Reihe der Standesorganisation, des „Vereins badischer Handelslehrer“, erworben hat. Herr Greiner war seit 1879 im Schuldienst.

### Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Bruchsal, 12. April. Stadtpfarrer a. D. Josef Kunz, der hier 22 segensreiche Jahre als Seelsorger verbrachte und am 13. April d. J. sein 80. Lebensjahr vollendete, wurde zum Ehrenbürger der Stadt Bruchsal ernannt. Er hat lange Jahre seines Lebens ausschließlich dem Dienste der Nächstenliebe geweiht, was Oberbürgermeister Dr. Meister in der gestrigen Bürgerauscheidung gebührend würdigte. In gleich edler Gesinnung hat sich stets auch Herr John Bopp in New York seiner Vaterstadt Bruchsal angenommen. Auch ihm wurde das Ehrenbürgerrecht verliehen. Der Bürgerauschuß machte sich die beiden stadträtlichen Anträge einstimmig zu eigen.

DZ. Weisbach, 12. April. Die Arbeiten im Bergwerk sind in drei Schichten in vollem Betrieb. Ein Felsen in einer Tiefe von 50 Meter wird gesprengt. Man ist bei der Sprengung auf eine über von erzhaltigem Gestein gestoßen. Die Maschinen zum Waschen, Sieben und Sortieren des Gesteins und der Restalle sind aufgestellt und werden bald in Betrieb treten. Es hat sich bereits eine Gesellschaft zur Ausbeutung der unterirdischen Schätze gebildet.

DZ. Freiburg, 11. April. Der deutsche Charitasverband hat das Parkhotel Geht erworben und beabsichtigt, darin seine Verbandzentrale unterzubringen. Außerdem soll das Gebäude die Bibliothek und das Archiv des Verbandes sowie alle Sekretariate der dem Charitasverband angeschlossenen Fachverbände aufnehmen. Es soll weiter darin eine Charitaschule untergebracht und ein Heim für die Schülerinnen geschaffen werden. Der Hotelbetrieb wird mit dem 1. Mai ds. J. geschlossen.

DZ. Singen, 12. April. Die kürzlich erlassenen strengen Bestimmungen im Auslandsverkehr riefen eine gewaltige Steigerung des Reiseverkehrs in den letzten Tagen hervor. Alle, die genug Geld haben, wollen noch rasch die alte deutsche Sebnucht nach dem sonnigen Süden befriedigen und beiliegen sich mit ihrer Fahrt, um nur ja um die Abgabe von 500 Mark herumzukommen. Alle Schnellzüge waren in diesen Tagen zum Bersten gefüllt mit Reisenden dieser Art, und der D-Zug



